



Energiespar-Programm für Österreich - Neue Weichenstellungen für mehr Sicherheit und Unabhängigkeit

Angesichts des Kriegs in der Ukraine und seiner Folgen muss Energiesparen vom Rand ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken. Durch das Senken des Energieverbrauchs schützen wir nicht nur Klima und Natur, sondern erhöhen auch die Energie-Versorgungssicherheit, weil Österreich damit unabhängiger von fossilen Importen aus Konfliktregionen wird. In diesem Sinne schlägt der WWF Österreich ein Fünf-Punkte-Programm vor, das noch im ersten Halbjahr 2022 umgesetzt werden soll.

Im Minutentakt erreichen die Welt derzeit neue Meldungen über das unermessliche menschliche Leid in der Ukraine. Dazu kommen starke Verwerfungen auf den Energiemärkten, eine hohe fossil-getriebene Inflation und negative Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung. Die Abhängigkeit von klimaschädlichen und kriegstreibenden Energieträgern wie Erdöl und Erdgas hat auf mehreren Ebenen fatale Folgen. Zugleich hat die genau dadurch befeuerte Klima- und Biodiversitätskrise nichts von ihrer Dringlichkeit eingebüßt, wie der aktuelle Bericht des Weltklimarats in Erinnerung gerufen hat. *“Mit jeder weiteren Verzögerung bei konzertierten, vorausschauenden globalen Maßnahmen zur Anpassung und Abschwächung (Anm. des Klimawandels) riskieren wir ein kurzes und sich schnell schließendes Zeitfenster zu verpassen, um eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern”*, warnt der jüngste IPCC-Sachstandsbericht¹. Umso dringender sind jetzt die richtigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schlussfolgerungen aus diesen multiplen Krisen.

Energiesparen über Jahrzehnte vernachlässigt

Der sparsame und effiziente Einsatz von Energie gilt aus wissenschaftlicher Sicht als Königsweg für den Klimaschutz, ist aber in Österreich über Jahrzehnte politisch vernachlässigt worden. Jeder durch bessere Technik oder nachhaltigeres Verhalten vermeidbare Energieverbrauch ist als Energieverschwendung zu sehen. Schlecht gedämmte Häuser, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren oder veraltete Anlagen in der Industrie verschwenden mehr Energie als sie tatsächlich nutzen. Das hat nicht nur Klimaschutz-Anstrengungen sabotiert, sondern auch die Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgas-Importen aus Krisen- und Konfliktregionen erhöht. Angesichts der russischen Invasion in der Ukraine werden diese Versäumnisse derzeit auf mehreren Ebenen dramatisch sichtbar. Auch die Versorgungssicherheit für Haushalte und Industrie gerät in Gefahr, wenn die Lage weiter eskaliert und keine Energiespar-Maßnahmen ergriffen werden. Klar ist: Jede Form der Energie, die wir erzeugen, hat ihren Preis. **Übergeordnetes politisches Ziel muss es deshalb sein, den Verbrauch mit effektiven Maßnahmen zu reduzieren und die Energieverschwendung zu stoppen, um Österreich insgesamt resilienter zu machen.**

¹ IPCC, Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Summary for Policymakers. <https://bit.ly/3Jd2jdr>



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
E-Mail: naturschutz@wwf.at
Web: www.wwf.at

Der Gesamt-Energieverbrauch² Österreichs ist derzeit viel zu hoch, um die Klimaziele zu erreichen. Immer noch wird rund zwei Drittel der verbrauchten Energiemenge fossil importiert. Allein 2021 hat Österreich laut Angaben der Energieagentur³ Erdöl im Wert von 7,3 Milliarden Euro und Erdgas im Wert von 4,2 Milliarden Euro importiert – zusammen also 11,5 Milliarden Euro. Allein von Erdgas sind derzeit sowohl die Industrie (Papier, Chemie, Eisen- und Stahlerzeugung, Baustoffe) als auch viele Haushalte massiv abhängig. In Österreich sind derzeit rund 900.000 Gasheizungen installiert. Auch ein beträchtlicher Anteil der Fernwärme wird aus fossilem Gas erzeugt. **Besonders fatal ist die fahrlässig hohe Abhängigkeit von Russland, von wo Österreich rund 80 Prozent seines Erdgases bezieht. All das ist die Folge einer Politik, die Schlüsselbereiche wie Energiesparen und Klimaschutz lange Zeit zugunsten kurzfristiger Profit-Interessen vernachlässigt hat.** Ein Beispiel dafür ist das jahrelange Lobbying für die zwischenzeitlich gestoppte Nord-Stream-2-Pipeline, für die sich neben dem teilstaatlichen OMV-Konzern gleich mehrere Bundeskanzler und ihre Regierungen engagierten. Im selben Zeitraum fehlten jedoch ausreichende Maßnahmen gegen den viel zu hohen Gasverbrauch, obwohl Klimawissenschaft und Umweltschutzorganisation darauf schon lange aufmerksam machen.

Vor diesem Hintergrund muss die Politik rasch die richtigen Schlüsse ziehen, anstatt die Fehler der Vergangenheit in anderer Form zu wiederholen. Ineffiziente, klimaschädliche Irrwege mit neuen Abhängigkeiten von Krisen- und Konfliktregionen samt den dort regierenden autoritären Regimen müssen vermieden werden. Denn die Förderung von Erdöl und Erdgas ist weltweit vielfach mit Machtmissbrauch, politischer Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Konflikten verknüpft. Daher wäre es zum Beispiel höchst kurzfristig, alle Hoffnungen und Bemühungen nur auf die umweltschädliche und energieverschwendende Flüssiggas-Versorgung über Tankschiffe aus dem arabischen Raum zu setzen. **Kurz-, mittel- und langfristig ist das Sparen von wertvoller Energie die wichtigste Antwort auf die Folgen der kriegsbedingten Krise. Angesichts der aktuellen Ausnahmesituation sollte die Politik noch im Verlauf des ersten Halbjahrs 2022 ein Energiespar-Programm von historischer Dimension erarbeiten und beschließen.**

Das hier vorgeschlagene Energiespar-Paket würde nicht nur die Dekarbonisierung beschleunigen, sondern auch die Umstellung auf Erneuerbare Energien, die entlang von wissenschaftsbasierten Naturschutz-Kriterien rasch bis zur Vollversorgung ausgebaut werden müssen. Da alle Staaten im Pariser Klimaabkommen beschlossen haben, ihre Energieversorgung zu dekarbonisieren, werden keine großen Mengen billig zu importierender Erneuerbarer Energien am Markt sein. Für eine krisensichere Energieplanung muss daher hauptsächlich auf heimisch bereitgestellte Erneuerbare Energie gesetzt werden. **Zugleich gilt, dass die von der Bundesregierung versprochene Klimaneutralität 2040 nur gemeinsam mit einer nachhaltigen Reduktion des Verbrauchs und Naturschutz-Verbesserungen erreichbar ist - zum Beispiel durch den Erhalt und Ausbau wichtiger CO₂-Senken.** Denn auch Anlagen für Erneuerbare Energie können in Österreich nicht unbegrenzt ausgebaut werden, weil raumplanerische, ökologische und soziale Grenzen respektiert werden müssen. Die Potentiale reichen aus heutiger Sicht für rund die Hälfte des derzeitigen (vor allem fossilen) Energieverbrauchs, was die absolute Notwendigkeit des Stopps jeglicher Verschwendung von Energie und eines effizienten Umganges mit ihr verdeutlicht. Energieeffizienz ist auch aus volkswirtschaftlicher Sicht günstig und erhöht die Resilienz und Innovationskraft der Wirtschaft, was wiederum neue Arbeitsplätze schafft. Darüber hinaus können Unternehmen mit einem funktionierenden Heimmarkt auch erfolgreicher im Export agieren.

² Im Jahr 2020 lag der Endenergieverbrauch bei 1.053 Petajoule. Der damals verzeichnete Rückgang war größtenteils den kurzfristigen Pandemie-Folgen zuzuschreiben, nicht der Energiepolitik, wie auch die Statistik Austria festhält.

³ Österreichische Energieagentur, März 2022. <https://bit.ly/3tLjRa3>



Energiespar-Programm 2022: Fünf Weichenstellungen für mehr Sicherheit und Unabhängigkeit

Energiesparen beschleunigt den Klimaschutz und erhöht die Versorgungssicherheit, weil Österreich damit unabhängiger von fossilen Importen aus Krisen- und Konfliktregionen wird. **Inmitten der aktuellen Krise ist daher ein kluger Mix aus Sofort-Maßnahmen und langfristigen Weichenstellungen das Gebot der Stunde.** Diese müssen noch im Frühjahr 2022 auf den Weg gebracht und beschlossen werden - je rascher, desto besser.

1. Ambitioniertes Energieeffizienz-Gesetz beschließen: Das Gesetz ist vor über 400 Tagen ausgelaufen, obwohl es EU-rechtlich verpflichtend ist. Daher muss die Novelle samt Maßnahmenkatalog sofort dem Parlament vorgelegt und mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden. Seit Monaten verhandeln die Koalitionsparteien über einen unzureichenden Entwurf, der laut den bisher bekannten Informationen nicht der Klimaneutralität 2040 entspricht und auch angesichts der aktuellen Krise deutlich verbessert werden muss. Die Novelle muss ein absolutes Energiespar-Ziel festlegen, auf das alle relevanten Maßnahmen ausgerichtet werden. Ziel: den Energieverbrauch bis 2030 um zumindest 30 Prozent und bis 2040 um mindestens 40 Prozent gegenüber 2022 verringern. Der geplante „Ausgleichsfonds“, in den anstelle von Maßnahmen ein definierter Geldbetrag eingezahlt werden kann, sollte eine Startfinanzierung von zumindest 250 Millionen Euro bekommen. Zudem darf es hier keine Schlupflöcher oder ungerechtfertigten Vorteile für einzelne Branchen geben. Der Preis für die Ausgleichszahlung muss sich an durchschnittlichen Kosten für Energiesparmaßnahmen orientieren (10 bis 20 Cent pro Kilowattstunde). Die Einnahmen daraus müssen direkt in wirksame Energiespar-Maßnahmen fließen, energiearme Haushalte besonders unterstützen und dürfen nicht im allgemeinen Budget versickern. Anders als in der Vergangenheit dürfen keine Schein-Maßnahmen ohne Kontrolle und Wirkung angerechnet werden. Je nach Größe und Energieverbrauch sollten Unternehmen dazu verpflichtet werden, ihre Einsparpotenziale systematisch zu erheben und auszuschöpfen: von der Energiebuchhaltung über Audits bis zu Energiemanagementsystemen. Zugleich muss die energie-intensive Industrie gezielt unterstützt werden.

2. Jährliche Energiespar-Milliarde festschreiben (zusätzlich zu bestehenden Mitteln). Die effizienteste Kilowattstunde ist jene, die gar nicht erst verbraucht wird. Daher muss Energiesparen vom Rand ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken und mit einem langfristigen Sonderbudget ausgestattet werden. Mit einer zusätzlichen Milliarde pro Jahr könnten insbesondere die folgenden Maßnahmen geschaffen bzw. beschleunigt werden: Fortführung und Ausweitung des Sanierungsschecks⁴ (die Sanierungsrate liegt laut Umweltbundesamt bei nur 1,5 Prozent), Umstellung auf effiziente, klimafreundliche Heizungen, gezielte Soforthilfe für energiearme, notleidende Haushalte, eigene Energiespar-Gutscheine für alle Haushalte sowie Klein- und Mittelbetriebe, Finanzierung von Energiesparmaßnahmen in der Industrie und danach Mittelrückfluss aus den Einsparungen (Contracting Modell), sofortige Abschreibe-Möglichkeiten für Energiespar-Investitionen etc.

3. Ausstieg aus Öl und Gas gesetzlich vorgeben. Trotz der seit Jahren bekannten Klimaschutz-Verpflichtungen dürfen 2022 immer noch neue Gasheizungen beworben und eingebaut werden. Neben einem Einbau-Stopp für neue Gasheizungen muss die Bundesregierung mit dem Erneuerbaren-Wärme-Gesetz rasch einen verbindlichen Rahmen für den Ausstieg aus allen bestehenden Öl- und Gasheizungen bis spätestens 2040 beschließen (Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament). Zeitgleich müssen die Bundesländer die operative Umsetzung fixieren. Auch die Fernwärme soll bis 2040 frei von Gas werden. Mit Fernwärme aus erneuerbarer Energie, Wärmepumpen, Solarenergie oder Geothermie kann Österreich eine saubere und unabhängige Wärmeversorgung schaffen. Hürden für diese Technologien (rechtlich, administrativ) müssen auf Bundes- und Landesebene rasch abgebaut

⁴ Hohe energetische und ökologische Standards sichern laut Umweltbundesamt eine langfristig nachhaltige Bausubstanz, reduzieren die Inanspruchnahme von Flächen und ermöglichen geringere Energiekosten.



werden. Zudem sollten die Bundesländer wissenschaftsbasierte Maßnahmen für den vollständigen Ausstieg aus fossiler Energie in ihrem Wirkungsbereich beschließen und finanzieren.

4. Fachkräfte-Offensive starten. Die Energiewende leidet laut Branchenberichten unter einem Mangel an Fachkräften. Daher sollten Wirtschafts-, Klimaschutz- und Arbeitsministerium gemeinsam mit den Bundesländern ein neues Fachkräfte-Paket vorlegen, das die Umsetzung der notwendigen Energiewende-Projekte sicherstellt. Die bisherigen Maßnahmen hatten offensichtlich schon vor der aktuellen Krise keine ausreichende Wirkung und müssen rasch verbessert werden – von der Schule bis zu den Ausbildungsbetrieben und der gesamten Wirtschaft braucht es deutlich mehr Unterstützung und auch Bewusstsein für die Chancen eines sparsamen und effizienten Einsatzes von Energie. Für besonders relevante Bereiche wie zum Beispiel PV-Installationen muss es fokussierte Qualifizierungsangebote geben, die innerhalb kurzer Zeit Personalengpässe überwinden können. In Ausbildungsberufen in der Energie-, Mobilitäts- und Gebäudebranche braucht es Schwerpunkt-Module, die auf das Ziel der Klimaneutralität 2040 und die dafür erforderlichen Technologien (darunter Wärmepumpen, nachhaltiges Bauen samt Dämmstoffen, intelligente Netze etc.) ausgerichtet sind.

5. Mobilitätswende beschleunigen. Der Verkehr ist weiter von den Klimazielen entfernt als jeder andere Sektor und daher besonders stark von importiertem Erdöl abhängig. Daher müssen Bund, Länder und Gemeinden das Mobilitätssystem entlang des Prinzips „vermeiden – verlagern – verbessern“ umgestalten und Sofort-Maßnahmen setzen. Absolute Priorität bekommen muss der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und einer sicheren Rad-Infrastruktur im städtischen und ländlichen Raum. Im Gegensatz dazu müssen neue Schnellstraßen-Projekte eingestellt werden, weil sie nicht nur klimaschädlich, bodenfressend und teuer sind, sondern auch die Mobilitätswende hemmen. Rein auf den Ausbau der Elektromobilität zu setzen, greift viel zu kurz.

Begleitende Maßnahmen zum Energiespar-Programm 2022

Das hier skizzierte Energiespar-Programm erfordert eine Vielzahl an begleitenden Maßnahmen, die rasch umgesetzt bzw. weiter beschleunigt werden müssen. Besonders wirksam sind die folgenden Punkte:

- Bodenverbrauch eindämmen: Der heimische Flächenfraß liegt mit 11,5 Hektar pro Tag weit über allen Nachhaltigkeitszielen und erhöht damit auch den Energie- und Ressourcenverbrauch des Landes. Daher muss die im Bund zuständige Landwirtschaftsministerin bis spätestens Herbst gemeinsam mit Ländern, Städten und Gemeinden einen Bodenschutz-Vertrag mit konkreten Gegenmaßnahmen vorlegen. Auch das Umweltbundesamt sieht ein Raumordnungskonzept für kurze Wege als wichtigen Effizienz-Baustein.
- Photovoltaik ausbauen⁵: Verpflichtendes Nutzungskonzept für Sonnenenergie, inklusive einer Photovoltaik-Anlage für alle Neubauten und Sanierungen in den Bauordnungen (hoher Wirkungsgrad); grundsätzliche Verpflichtung zur PV-Installation im Falle einer Neuversiegelung von Flächen; Prüfung und schrittweise Umrüstung des Bestandes, naturverträgliche Nutzung der Potenziale auf Freiflächen.
- Erneuerbaren-Ausbau entlang von Naturschutz-Kriterien vorantreiben: Der jüngste Sachstandsbericht des Weltklimarats zeigt sehr klar, dass Klima- und Naturschutz Hand in Hand gehen müssen. Daher müssen auch Erneuerbare Energien konsequent entlang von Naturschutz-Kriterien ausgebaut werden. Während die Wasserkraft ihr Potenzial abseits von Effizienzsteigerungen bereits ausgeschöpft hat und es daher nur mehr sehr wenige freifließende Flüsse gibt, bestehen zum Beispiel bei der Windkraft und vor allem bei der Photovoltaik noch große Ausbaupotenziale in Österreich.

⁵ WWF-Vorschläge für den naturverträglichen Photovoltaik-Ausbau, Mai 2021. <https://bit.ly/3hZRBei>



- Wirksames Klimaschutzgesetz beschließen: Die geplante Novelle muss insbesondere die folgenden Punkte gewährleisten: Verbindliche Ziele für die Klimaneutralität 2040, jährliche Emissionsziele für jeden Sektor, wissenschaftliche Kontrolle, klima- und naturverträgliche Maßnahmenprogramme, wenn Ziele verfehlt werden, klare Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern, Rechtsschutz für die Bevölkerung⁶.
- Umweltschädliche Subventionen abbauen: Der Finanzminister sollte bis Juni 2022 einen Kassasturz samt Reformplan vorlegen und dafür die ersten Ergebnisse der laufenden WIFO-Studie berücksichtigen. 2016 hatten die Wirtschaftsforscherinnen in ihrer Analyse ein Volumen von 3,8 bis 4,7 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen pro Jahr errechnet – und das nur für die Bereiche Energie, Verkehr und teils Wohnen. Das WIFO spricht selbst von einer „Untergrenze“, weil es nur die Bundesebene erfasst hatte und Sektoren wie die Landwirtschaft fehlen. Im Herbst 2019 hat wiederum das Finanzministerium auf Anfrage des WWF rund 3,25 Milliarden Euro als jährliches Volumen genannt. Es handelt sich aber um ein sehr lückenhaftes Regierungsdokument.
- CO₂-Bepreisung klimagerecht umsetzen und mit Öko-Bonus für sozialen Ausgleich verbinden. Die Bundesregierung sollte an diesem zentralen Instrument unbedingt festhalten, wie es auch das WIFO empfiehlt⁷, und die CO₂-Bepreisung samt Öko-Bonus schrittweise weiter ausbauen, um die Abhängigkeit von Öl und Gas kurz- und mittelfristig zu reduzieren. Zugleich müssen Bund und Länder ihren Einsatz gegen die Energie-Armut verstärken. Für besonders betroffene Unternehmen im Nicht-Emissionshandelssektor ist gesetzlich bereits eine Härtefallregelung vorgesehen.
- Umweltrecht qualitativ stärken: Mehr Ressourcen für Behörden und Gerichte, Vorlegen besserer Unterlagen sowie von klima- und naturverträglichen Planungen durch die Projektbetreiber in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)⁸.

Energiesparen für alle

Die Politik hat den größten Hebel für Veränderungen, aber auch jeder und jede Einzelne kann durch Verhaltensänderungen wertvolle Energie sparen und besser nützen. Die Bandbreite reicht von der richtigen Wahl energiesparender Geräte und einem sparsamen Betrieb über die Anpassung des Strom- und Heizbetriebs bis zur stark geförderten thermischen Sanierung von Gebäuden inklusive Fenstertausch. Auch Unternehmen haben im Kerngeschäft und in ihren Bürogebäuden vielfältige Handlungsmöglichkeiten, die deutlich stärker genutzt werden müssen⁹. **Um das öffentliche Bewusstsein dafür zu steigern, sollte die Bundesregierung - begleitend zu den politischen Maßnahmen - eine weitreichende Energiespar-Kampagne lancieren, die transparent ausgeschrieben und unter breiter Einbindung von unabhängigen Fachleuten umgesetzt wird.** Konkrete Tipps zum Sparen von Heiz- und Stromkosten samt praktischer Tipps müssen möglichst alle Menschen inklusiv erreichen und in der Praxis angewendet werden. In diesem Sinne müssen auch die Energieversorger deutlich mehr tun als bisher und sollten daher rasch eigene Initiativen zum Energiesparen starten.

WWF Österreich, März 2022

⁶ Anforderungen an ein effektives Klimaschutzgesetz, ÖKOBÜRO, April 2021. <https://bit.ly/3MzqSmW>

⁷ WIFO-Kurzanalyse: Optionen für eine Entlastung von Haushalten und Unternehmen, März 2022. <https://bit.ly/35U4ILA>

⁸ Vergleiche dazu die Vorschläge von ÖKOBÜRO vom Februar 2022: <https://bit.ly/3w62rba>

⁹ Siehe dazu die Angebote der betrieblichen Umweltförderung. <https://www.umweltfoerderung.at/betriebe.html>